



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/262 - 10.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Vom Recht der Schadensanmeldung ausgeschlossen	S. 1
Schatzkanzler Butler und die Tories	S. 3
Wie peinlich für Herrn von Brentano...	S. 5

Fragwürdiges Feststellungsgesetz

d.g. Nach recht langwierigen Beratungen haben dieser Tage die Regierungsparteien gegen die Stimmen der SPD im zuständigen Ausschuss einem Gesetzentwurf zugestimmt, welcher der Feststellung der Vertreibungs- und der Kriegsschäden dienen soll. Der Verlauf der Beratungen während der letzten Wochen hat deutlich gemacht, welche unsolide Arbeit die Initiatoren des Entwurfes dem Ausschuss hier zugemutet haben.

Der Gesetzentwurf in seiner gegenwärtigen Form geht gar nicht daran, schlechthin die Vertreibungsschäden und die Kriegssachschäden festzustellen. Er trifft eine willkürliche Auswahl und schliesst vor allem grosse Personenkreise von der Feststellung aus. So z.B. werden die Schäden in der sowjetisch besetzten Zone nicht festgestellt. Es werden aber auch diejenigen Heimatvertriebenen, die ursprünglich in die Sowjetzone abgeschoben wurden und dann diese Zone wegen Gefahr für Leib und Leben verlassen mussten, von dem Recht auf Anmeldung ihrer Schaden ausgeschlossen, ebenso die Vertriebenen, die immer noch in Oesterreich darauf warten, einmal nach Deutschland einreisen zu dürfen. Während man die Vertreibungsschäden verhältnismässig grosszügig feststellen möchte, werden die Kriegssachschäden mit einem völlig anderen Maße gemessen, so dass mit dem Feststellungsgesetz erneut eine Kluft zwischen verschiedenen Geschädigtengruppen

aufgerissen wird. Besonders grob ist das Missverhältnis in der Bewertung der Vertreibungsschäden und der Kriegssachschäden, soweit es sich um Vermögen im eigentlichen Sinne des Wortes handelt und auf der anderen Seite um die Feststellung von Hausratsschäden. Obwohl auch in den Beratungen des Ausschusses noch einmal festgestellt worden ist, dass etwa 7% der Geschädigten nur Hausratsschäden anzumelden haben, wird hier mit einer geradezu primitiven Methode der Pauschal feststellung gearbeitet.

Völlig in der Schwebe ist die Frage, wie die Kosten des Feststellungsgesetzes gedeckt werden sollen. Die Vertreter der einzelnen beteiligten Bundesministerien verfolgten dabei eine unterschiedliche Politik und beriefen sich z.B. darauf, dass es sich ja hier nicht um ein Gesetz der Regierung handle, so dass sie für Vorschläge für die Kostendeckung nicht zuständig seien. Kennzeichnend für den mangelnden Ernst, mit dem die Initiatoren des Feststellungsgesetzes hier an die Arbeit gegangen sind, ist die Tatsache, dass - obwohl von allem Anfang an gewarnt worden war, dass das Gesetz erst nach einer Änderung des Grundgesetzes in Kraft treten könne - man sich bis auf den heutigen Tag noch nicht darum bemüht hat, die notwendige Änderung des Grundgesetzes herbeizuführen. Es soll vielmehr erst zusammen mit der dritten Lesung des Feststellungsgesetzes im Plenum des Bundestages ein besonderes Gesetz dieser Art verabschiedet werden.

Durch die Beratungen dieser fragwürdigen Vorlage zog sich wie ein roter Faden einerseits die Erkenntnis, dass man ein echtes Schadensfeststellungsgesetz eben nur im engsten Zusammenhange und frühestens gleichzeitig mit dem Lastenausgleich verabschieden kann, andererseits aber auch die unausgesprochene Überzeugung, dass dieses Machwerk wegen seiner inneren Widersprüche und wegen der noch völlig offenen Frage der Kostendeckung vom Bundesrat ohnedies abgelehnt werden würde. Die Regierungsparteien, deren Entschlisslosigkeit die Ursache dafür ist, dass der Lastenausgleich noch immer nicht Gesetz geworden ist, haben hier sehr viel kostbare Zeit mit einem Entwurf verplempert, von dessen Durchführbarkeit sie selbst nicht überzeugt sein können. Die Sozialdemokraten werden alles tun, um die Mängel und Unsinnigkeiten des Gesetzentwurfes auszumerzen.

Winston Churchills Dilemma

B.C. - London

Die große Überraschung hinsichtlich der Auswirkungen des Wahlergebnisses ist gewesen, daß an den Börsen die britischen Industriewerte nicht wie erwartet im Kurse in die Höhe schnellten, obwohl sie doch, wäre Labour am Ruder geblieben, von Gaitskells Dividendeneinfrierung bei zehn Prozent bedroht gewesen wären.

Das ist nicht etwa, wie anfangs vielfach angenommen, auf die Geringfügigkeit von Churchills Mehrheit im Unterhaus zurückzuführen, sondern vor allem auf das Mißtrauen, mit dem die "City" und die Industriellen der Persönlichkeit des neuen Schatzkanzlers gegenüberstehen. Richard A. Butler, der 48jährige ehemalige Erziehungsminister im Koalitionskabinett der Kriegszeit, hat bei den Tories eine denkbar "schlechte Presse" gehabt. Er gilt als der einzige Konservative von Rang, der in Wort, Schrift und Tat den "Wohlfahrtsstaat" bejaht. Sie fühlen, daß von diesem Manne keine drastischen Senkungen der Gesellschaftsgewinnsteuer und der Steuern der höheren Einkommensgruppen zu erwarten sind, die nach ihrer Meinung den nötigen "Anreiz" in Industrie und Handel schaffen sollen, um Britannien "wieder Groß-" zu machen. Mit gewissen Modifikationen dürfte Butler die Investierungspolitik seiner Vorgänger fortzusetzen wünschen, auf der die Vollbeschäftigung beruht (Labours stolze Tat!), und die von den Fabrikherren ersehnte industrielle Reservearmee von 800000 bis 1.000000 Erwerbslosen, die zum Lohnruck unerlässlich ist, wird unter Butlers Leitung schwerlich auf die Straße zu setzen sein.

Richard Butlers Ernennung zum Schatzamt ist das äußere Anzeichen des Dilemmas, das Winston Churchill nicht schlafen läßt, angesichts der drohenden Mahnung der mächtigen Minorität Labours im Unterhaus: Sechs Jahre lang haben er und seine Partei dem britischen Volke vorgeschwatzt, daß sie ihren Ersten gleichzeitig aufessen und in den Kischrank legen könnten, daß eine Toryregierung ihnen bessere soziale Dienste, mehr Häuser, niedrigere Preise, Vollbeschäftigung und Wiederaufrüstung alles zusammen geben könnte, während gleichzeitig der Schlachtruf "Setzt das Volk frei !" den Unternehmern

Niedrigere Löhne, freie Profite, "Arbeitsdisziplin" im Betriebe und den Mittelstandshausfrauen Dienstmädchen versprach. Zerstört er die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates mit einer Deflationspolitik (wie er es 1926 schon einmal als Schatzkanzler tat - mit katastrophalen Folgen: Massenarbeitslosigkeit, Massenelend, Generalstreik), so zwingt ihn die starke Opposition zur Wahl binnen eines Jahres, bei der die Konservativen zu Paaren getrieben werden; läßt er aber andererseits den Wohlfahrtsstaat unangetastet, ohne jedoch die (den Konservativen ihrer Natur und Philosophie nach unschmackhaften) nötigen Wirtschaftskontrollen und Planungssteuerungen voll aufrechtzuerhalten, so verliert er nicht nur die begeisterte (und klingende) Unterstützung des finanzkräftigen Rückgrats der Torypartei, sondern muß auch auf dem Gebiete der Volkswirtschaft den Schiffbruch erleiden, den die Torypresse seit sechs Jahren, wenn auch ohne Rechtfertigung durch die Tatsachen, hämisch der Labourregierung vorauszusagen suchte. Denn mit einer kontrollfreien Wirtschaft, wie es die Theorie der konservativen Weltanschauung erheischt, läßt sich der Wohlfahrtsstaat ebensowenig vereinbaren, wie man im Dschungel intensive Gartenkultur treiben könnte - das eine oder das andere muß weichen!

Die Ernennung Butlers zum Schatzkanzler scheint anzudeuten, daß Churchill (wahrscheinlich aus Respekt vor den dichtgedrängten Reihen der Labouropposition, die ihm im Unterhause gegenüber sitzt) vorläufig nicht dem Wohlfahrtsstaat zuleibe gehen will. Ebenso wie jedoch Gaitskell gegen seine eigene Überzeugung dem Druck der Gewerkschaften und der "Linken" in der Labourfraktion in seinem letzten Budget Konzessionen machen mußte, wird auch Butler den "wildem Männern" in den konservativen Bankreihen hinter ihm in manchen weichen müssen und einen schweren Stand haben, den Forderungen der Finanz- und Industrieinteressen gegenüber seinen Standpunkt durchzusetzen. Wieweit ihm das gelingt (falls es ihm gelingt!) wird der im April fällige Staatshaushalt erweisen, der auch für Labour der Maßstab sein wird, nach dem sie ihre Oppositionstätigkeit bestimmen können.

Wo liegt die Verantwortungslosigkeit ?

(sp) Der Fraktionsvorsitzende der CDU und hessische Bundestagsabgeordnete Dr. von Brentano hat sich in Auseinandersetzungen mit der SPD sowohl im Bundestag wie auch auf dem Karlsruher Parteitag wiederholt in der Rolle des Präzeptors gefallen. In echt scharfmacherischer Weise versucht Dr. von Brentano seine Mitverantwortung für die unglückselige Adenauer-Politik zu verdecken, indem er die SPD der Obstruktion und Verantwortungslosigkeit beschuldigt. Seine Fraktion und der ihr zugehörnde Finanzminister haben erst in den letzten Tagen bei der Beratung der sozialdemokratischen Forderung auf Besserstellung der Rentenempfänger die Verantwortung für die Finanzgebarung in den Vordergrund gestellt und mußten sich von der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Louise Schröder sagen lassen, daß sie vor einigen Monaten einen ähnlichen Antrag gestellt, ihn in der Zwischenzeit aber längst vergessen haben, dies wohl nur darum, weil es ihnen nur auf Agitation und nicht auf echte Leistungen ankam.

Die Arbeit des Herrn Dr. von Brentano bietet aber nun ein hübsches Beispiel für die Feststellung seiner eigenen unverantwortlichen Haltung. Herr von Brentano hat am 8.9.1951 einen Antrag auf den Bau einer Autobahnauffahrt bei Viernheim in Hessen gestellt. Er hat den Bau eines direkten Anschlusses an die Autobahn Frankfurt-Mannheim befürwortet.

Es ist erstaunlich, daß ein Mann, der nicht nur in der hohen Politik eine Rolle spielen möchte, sondern schließlich auch die elementarsten Voraussetzungen, die an einen Abgeordneten gestellt werden, erfüllen sollte, in seinem eigenen Wahlkreis so wenig Bescheid weiß. Wenn Herr von Brentano einen direkten Anschluß der Stadt Viernheim an die Autobahn verlangt, dann muß er sich über die Kosten klar sein. Ein einstimmiger Ausschuß-Beschluß des Ausschusses für das Verkehrswesen mußte bestätigen, daß an der Kreuzung der Autobahn Frankfurt-Mannheim mit der Bundesstraße 38 (Mannheim-Weinheim) bereits eine Anschlußstelle "Viernheim/Mannheim-Nordost" vorhanden ist, die nur etwa zwei Kilometer von der Ortsmitte der Stadt Viernheim entfernt ist. Wie peinlich für Herrn von Brentano ... Der Ausschuß stellte weiter fest, daß der Neubau einer weiteren, unmittelbar benachbarten Anschlußstelle nördlich davon für die Gemeinde Viernheim eine Einsparung von etwa einem Kilometer Weg bedeuten würde. Dafür wünscht Herr von Brentano 500000 M hinauszuerwerfen. Soviel kostet nach den Feststellungen des Ausschusses der Wunsch des Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU.

Selbstverständlich soll und muß sich der Abgeordnete um die Interessen seines Wahlkreises kümmern, aber wenn im Gebiet der Bundesrepublik für die Beseitigung der Kriegsschäden und Brücken jährlich etwa 500 Millionen M benötigt werden, wovon jährlich aber nur 30 Millionen M aufgebracht werden können, dann dürfte man von dem Verantwortungsbewußtsein des Herrn Dr. von Brentano doch erwarten dürfen, daß er nicht derart sinnlose und unberechtigte Agitationsanträge in die Welt setzt.

Verantwortlich: Peter Raunau